



Das Corona-Tracing soll hierzulande so schnell wie möglich kommen

„Die Corona-Krise ist ein Beleg dafür, wie wichtig verlässliche staatliche Kommunikation ist“

Wir leben in unruhigen Zeiten. Denn die Corona-Krise zeigt uns allen, wie verwundbar jeder Einzelne und unsere Gesellschaften in ihrer Gesamtheit sind. Um im Umgang mit Covid-19 bessere Vorhersagen treffen zu können, wollen große Teile der hiesigen Politik lieber heute als morgen eine Tracing-App einsetzen. Über das Für und Wider, was eine gute digitale Kommunikation bedeutet und welche Maßnahmen nach der Pandemie erfolgen müssen, darüber sprachen wir mit Dr. Stefan Brink, Landesbeauftragter für den Datenschutz des Landes Baden-Württemberg.

Autor: Andreas Eicher

Herr Dr. Brink, jüngst sprachen Sie sich in einem Interview gegenüber „Netzpolitik.org“ dafür aus, dass öffentliche Stellen rechtmäßig kommunizieren müssen. Hintergrund

war, dass ihre Behörde den eigenen Twitter-Account gelöscht hat. Eine weise Voraussicht mit Blick auf die aktuelle Corona-Krise mit einer teils zu schnellen Informationsverbreitung und

der nicht immer klaren Trennschärfe zwischen Fake und Fakten?

Ja, die Corona-Krise ist ein Beleg dafür, wie wichtig verlässliche staatliche Kommunikation ist. Wenn immer mehr öffentliche

Stellen sich auf privaten Plattformen tummeln, verschwimmen die Grenzen zwischen staatlicher, gewerblicher und der Kommunikation Privater – einschließlich Hate Speech und Fake News.

Bleiben wir noch einen Moment bei Ihrer Behörde. Wie hat sich der berufliche Tagesablauf innerhalb Ihrer Organisation durch die Corona-Krise geändert?

Auch wir haben sehr früh auf die Gesundheitskrise reagieren müssen. Die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten inzwischen im Homeoffice, nur ein sehr kleiner Teil sorgt vor Ort für die notwendige „Handarbeit“. Wir hatten uns glücklicherweise schon 2019 auf den Ausbau der Online-Arbeit konzentriert und sind deshalb arbeitsfähig geblieben.

Wir lernen gerade notgedrungen, wie wichtig gute digitale Kommunikation ist.

Apropos Veränderung. Viele Experten sehen die digitale Zusammenarbeit in Zeiten von Corona als „Segen“ an – sei es aufgrund von Videokonferenzen, der Vernetzung von Heimarbeitsplätzen oder dank Cloud, App & Co. Teilen Sie diese Meinung oder hat das digitale Tun auch steigende datenschutzrechtliche Folgen, die Behörden und Unternehmen beachten müssen?

Wir lernen gerade notgedrungen, wie wichtig gute digitale Kommunikation ist. Dass sich dabei auch vermehrt Fragen der Datensicherheit und des Datenschutzes stellen, ist völlig richtig, aber wir haben hier in den meisten Bereichen schon datenschutzkonforme und praktikable Lösungen am Start. Diese haben sich, wie etwa der Schutz von Unternehmensgeheimnissen vor Hackerangriffen, schon weitestgehend eingebürgert. In anderen Bereichen, etwa bei sicheren Videokonferenzen, lernen wir gerade alle dazu.

Seit Wochen wird von großen Teilen der Politik die Einführung des Tracings von Smartphone-Daten befürwortet. Wundert Sie diese Einstimmigkeit vonseiten großer Teile der Politik und Gesellschaft oder würden Sie sich an dieser Stelle einen stärkeren Diskurs wünschen?

Inzwischen haben wir auch bei der Tracing-App die öffentliche Diskussion, die wir brauchen. Offenbar setzen sich hier die von Datenschützerinnen und Daten-

schützern favorisierten Lösungen durch, nämlich freiwilliges Tracing ohne zentrale Speicherung der personenbezogenen Daten.

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber sprach sich im März für die Freiwilligkeit der Datenweitergabe mittels „Corona-App“ aus. Teilen Sie diese Meinung und vor allem: Lässt sich das gesetzte Ziel der besseren Corona-Überwachung nur mit Freiwilligkeit verfolgen?

Da gilt es zwei Fragen zu unterscheiden: Rechtlich gesehen stellen sich alle Datenschützerinnen und Datenschützer gegen die zwangsweise Ortung oder Kontaktverfolgung von Bürgerinnen und Bürgern – ob aber aus Gesundheitssicht eine freiwillige App genügend Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekommt, das ist völlig offen.

Besteht nicht die Gefahr, dass durch die Corona-App die Überwachung ganzer Bevölkerungsgruppen zum Normalzustand wird?

Wenn die Tracing-App ein Einstieg in die Verfolgung von Mobilitätsdaten oder von Kontaktinformationen der Bürgerinnen und Bürger würde, dann stehen wir in Deutschland vor harten Auseinandersetzungen. Nach der Gesundheitskrise muss das „Großreinemachen“ einsetzen und alle Daten und Gesetze, die unsere Freiheit krisenbedingt eingeschränkt haben, müssen rückstandslos beseitigt werden. Dieses Versprechen haben uns unsere Regierungen gegeben und wir Datenschützerinnen und Datenschützer werden dafür sorgen, dass es nachprüfbar eingehalten wird.

Kommen wir auf Ihre Behörde zurück. Was tun Sie in der aktuellen Corona-Krise konkret, um das Thema Transparenz, aber auch Aufklärung in puncto

Dr. Stefan Brink

ist seit dem 1. Januar 2017 Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Baden-Württemberg. Er wurde 1966 im pfälzischen Kaiserslautern geboren und studierte Jura in Mainz, Heidelberg, Dijon und Paris.



Bild: LfDI BW/Jan Potente

Datenschutz in Zeiten der digitalen Datenallmacht voranzutreiben?

Wir setzen jetzt verstärkt auf unsere digitalen Bildungsmöglichkeiten. Neben unseren medialen Auftritten bieten wir gerade in Corona-Zeiten zunehmend Online-Hilfestellungen und setzen auf Informationen und Aufklärung im Netz. Die Zugriffszahlen auf unseren Internet-Auftritt sind nach wie vor sehr hoch – und das soll durch die Ausweitung unseres attraktiven Angebots auch so bleiben!

Abschließend die Frage: Sie sprachen in einer Pressemitteilung von einem „evolutionären Prozess“ durch die zunehmende Offenheit der Verwaltungen. Können Sie das etwas näher erläutern und unseren Lesern kurz skizzieren, was aus Ihrer Sicht eine moderne Verwaltung der Zukunft ausmachen sollte?

Moderne Verwaltung ist nicht nur gut vernetzt und online präsent, sie präsentiert sich auch bürgernah und transparent. Genau darum geht es bei unserer zweiten Aufgabe „Informationsfreiheit“: Unsere Verwaltungen müssen die mögliche Offenheit auch „leben“, sie müssen ansprechbar, kritikfähig und um den Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern bemüht sein. Modern ist auch eine neue Fehlerkultur, die eigene Schwächen nicht verdeckt, sondern Hand in Hand mit den Bürgerinnen und Bürgern an einer Verbesserung der eigenen Leistungen arbeitet.

Herr Dr. Brink, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andreas Eicher